



MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 2. SEPTEMBER 2026

Péter Magyars Rede zum Nationalfeiertag am 20. August

Die staatlichen Feierlichkeiten zum ungarischen Nationalfeiertag am 20. August haben traditionsgemäß mit der Flaggenhissung auf dem Kossuth-Platz begonnen. Zugleich legten 103 Offizieranwärter ihren Eid ab. An der Veranstaltung nahmen Staatspräsident András Baka, Ministerpräsident Péter Magyar und Parlamentspräsidentin Ágnes Forsthofer teil. Vor der Vereidigung hielt Verteidigungsminister Romulusz Ruszin-Szendí eine Rede, anschließend wandte sich der Ministerpräsident an die neuen Offiziere – diese Rede wird traditionell vom Staatspräsidenten als Oberbefehlshaber der ungarischen Streitkräfte gehalten.

Der Ministerpräsident betonte, dass die neuen Offiziere an einem der schönsten und ältesten Feiertage des Landes ihren Eid ablegten. „Wir erinnern uns an diesem Tag daran, dass vor mehr als tausend Jahren ein Land organisiert, gefestigt und verteidigt werden musste. Der heilige Stephan wusste genau, dass ein Land nicht mit einer einzigen Entscheidung entsteht. Nicht mit einer einzigen Schlacht und nicht mit einem einzigen Gesetz. Ein Land aufzubauen, ist die beharrliche Arbeit von Jahren, Jahrzehnten und Jahrhunderten.“ Ein Land sei nur dann wirklich ein Land, wenn es seine Bürger schützen könne, so der Regierungschef. „Wenn der Ernstfall eintritt, bleibt keine Zeit mehr, das zu lernen, was man zuvor hätte lernen müssen. Vorbereitung findet in Friedenszeiten statt – ihre Bedeutung zeigt sich in der Krise. Sie werden Offiziere einer Armee, deren Geschichte tief und oft schmerzhaft ist und sich über viele Jahrhunderte erstreckt. Der ungarische Soldat heute dient in einer völlig anderen Welt als früher. Die Waffen sind andere, die Gefahren sind andere, die Bündnissysteme sind andere“, sagte Magyar. Heute könnten nicht nur militärische Ziele angegriffen werden, sondern auch die IT-Systeme eines Staates, seine Energieversorgung, Verkehrswege und Kommunikationsstrukturen. Moderne Landesverteidigung beruhe daher auf militärischer Stärke, technologischem Wissen, technischen Fähigkeiten und schneller Reaktionsfähigkeit. Dies habe sich in der Praxis zuletzt auch bei Paks und an der Donau gezeigt. Der Ministerpräsident dankte allen Soldaten, die in den vergangenen Wochen während der außergewöhnlichen Dürre und der angespannten Energiesituation im Einsatz waren.

„In Europa herrscht Krieg. Die Welt ist unberechenbarer als jemals zuvor seit vielen Jahrzehnten. Neue Waffensysteme entstehen, Drohnen, künstliche Intelligenz und Cyberkriegsführung verändern die Kriegsführung. Sie entwickelt sich heute innerhalb weniger Monate so stark weiter, wie früher nicht einmal innerhalb von Jahrzehnten. Wir brauchen starke Streitkräfte – nicht weil wir Krieg wollen, sondern im Gegenteil: weil wir in Frieden leben wollen“, sagte Magyar. Die Verpflichtungen, die Verantwortung und die Möglichkeiten, die sich aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Union und der NATO ergäben, seien eine grundlegende Realität. Frieden erfordere jedoch auch eigene Stärke.

András Baka ist neuer Staatspräsident

Nach der Absetzung des bisherigen ungarischen Staatspräsidenten Tamás Sulyok galt es für die neue Tisza-Regierung, die von ihr selbst an den zukünftigen Staatspräsidenten gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Die Suche nach einem neuen Staatspräsidenten gestaltete sich jedoch schwieriger als gedacht. Die ersten Wunschkandidaten der Partei erteilten Absagen. Besonders medienwirksam geschah dies bei der ungarischen Schachspielerin Judit Polgár, die von Ministerpräsident Magyar öffentlich als Kandidatin benannt wurde, die Nominierung jedoch nicht annahm. Gründe dafür dürften unter anderem die aufgeheizte politische Stimmung, die pietätlose Entfernung des Vorgängers sowie die Tatsache sein, dass man im Grunde ein Staatspräsident auf Abruf wäre, denn die Amtsausübung ist nur für die Übergangszeit bis zur Ausarbeitung der neuen Verfassung vorgesehen. Schließlich entschied sich die Führung der Tisza dafür, den 73-jährigen András Baka zu nominieren. Dieser akzeptierte und wurde am 11. August 2026 – ohne Gegenkandidaten – zum neuen Staatsoberhaupt gewählt. Die Fraktionen der Fidesz und KDNP mit ihren 52 Abgeordneten beteiligten sich nicht an der Wahl des neuen Staatspräsidenten, da sie diese aufgrund der in ihren Augen unrechtmäßigen Absetzung Sulyoks als illegitim ansehen. Damit ist die durch die erzwungene vorzeitige Absetzung von Tamás Sulyok, dessen reguläres Mandat erst 2029 ausgelaufen wäre, entstandene Vakanz zunächst gefüllt. Widersprüchlichkeiten bleiben bestehen, denn die Tisza-Regierung macht nun einen Mann zum Staatspräsidenten, dessen eigenes Spitzenamt einst unter der Orbán-Regierung auf ähnlich umstrittene Weise beendet wurde.

Baka blickt auf eine lange Karriere in der ungarischen und europäischen Justizpolitik zurück. Bereits 1990 errang er bei den Parlamentswahlen als parteiloser Kandidat auf der Budapester Regionalliste des Ungarischen Demokratischen Forums (MDF) ein Mandat, welches er jedoch bereits 1991 niederlegte, als er seine Tätigkeit als Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg aufnahm. Dieses Amt übte er zwei Amtszeiten lang aus und wurde 2008 von Staatspräsident László Sólyom für die vakante Position des Präsidenten des Obersten Gerichtshofs nominiert. Im Juni 2009 wurde er vom ungarischen Parlament für eine Amtszeit von sechs Jahren gewählt. Sein Mandat erlosch jedoch bereits am 1. Januar 2012, also dreieinhalb Jahre vor Ablauf seiner Amtszeit – nachdem die zweite Orbán-Regierung einen umfassenden Umbau des Justizwesens eingeleitet hatte. Doch auch in seinem neuen Amt wird Baka voraussichtlich nicht die fünfjährige Mandatsdauer ausfüllen können, da diese mit der Ausarbeitung der neuen Verfassung vorzeitig enden soll.

Beschlagnahmung der Fidesz-Server rechtswidrig

Die Generalstaatsanwaltschaft hat die Beschlagnahmung von Daten aus dem Rechenzentrum der Partei Fidesz teilweise für rechtswidrig erklärt. Zwar sei die Durchsuchung selbst rechtmäßig angeordnet worden, bei der anschließenden Sicherstellung von Daten hätten die Ermittler jedoch zu weitreichende Maßnahmen ergriffen. Die Beschlagnahmung muss deshalb nach klar definierten Kriterien wiederholt werden. Auch datenschutzrechtliche Fragen spielten bei der Entscheidung eine wesentliche Rolle.

Am 21. Juli hatten Ermittler der Staatsanwaltschaft das Rechenzentrum aufgesucht, über das das IT-System der Fidesz betrieben wird. Die Maßnahme betraf nach Angaben der Partei ihre gesamte Kommunikationsinfrastruktur. Fidesz erklärte anschließend, ein vergleichbares Vorgehen habe es seit dem politischen Systemwechsel in Ungarn nicht gegeben. Auslöser des

Strafverfahrens sind Fördermittel des Nationalen Kulturfonds (NKA) in Höhe von rund 17 Milliarden Forint. Nun kam es in dem Verfahren zu einer wichtigen Entscheidung zugunsten der Partei: Die Generalstaatsanwaltschaft gab den Beschwerden der Fidesz gegen die Beschlagnahmung statt und verpflichtete die zuständige Hauptstaatsanwaltschaft des Komitats Bács-Kiskun, die betreffenden Maßnahmen erneut durchzuführen. Nach Auffassung der in zweiter Instanz tätigen Staatsanwaltschaft handelte es sich bei der bisherigen Beschlagnahmung um eine unzulässige „Fishing Expedition“. Darunter wird ein Vorgehen verstanden, bei dem Behörden zunächst große Mengen an Daten sicherstellen und diese anschließend nach möglicherweise belastendem Material durchsuchen, ohne dass die Ermittlungsmaßnahme von Beginn an auf konkrete Beweismittel ausgerichtet ist. Eine solche Praxis ist nach Ansicht der Behörde sowohl mit ungarischem als auch mit europäischem Recht nicht vereinbar. Die Entscheidung unterscheidet dabei ausdrücklich zwischen der Durchsuchung des Rechenzentrums und der späteren Beschlagnahmung elektronischer Daten. Die Beschwerden der Fidesz gegen die Durchsuchungsanordnung wies die Generalstaatsanwaltschaft zurück. Diese sei rechtmäßig gewesen, da geprüft werden sollte, ob sich in dem Rechenzentrum Daten befinden, die für die Ermittlungen im Zusammenhang mit dem NKA-Verfahren relevant sein könnten. Die Kritik der Generalstaatsanwaltschaft richtet sich gegen die konkrete Sicherstellung der Daten. Nach ihrer Auffassung dürfen Ermittlungsbehörden nicht pauschal einen vollständigen Datenbestand beschlagnahmen, nur weil sich darin möglicherweise relevante Informationen befinden könnten. Vielmehr müsse ein konkreter Zusammenhang zwischen der untersuchten Straftat und den betroffenen Daten bestehen. Besonders problematisch sei, dass die vollständige Beschlagnahmung eines Datenbestands für den Betreiber erhebliche und unverhältnismäßige Folgen haben könne. Im Extremfall könnten dadurch auch Tätigkeiten beeinträchtigt oder unmöglich gemacht werden, die keinerlei Bezug zu dem Ermittlungsverfahren haben. Hinzu kommen datenschutzrechtliche Bedenken. Große Datenbestände können auch Informationen enthalten, die mit dem untersuchten Sachverhalt nichts zu tun haben. Betroffen sein könnten außerdem personenbezogene Daten von Menschen, die selbst nicht Gegenstand der Ermittlungen sind. Nach Auffassung der Generalstaatsanwaltschaft hätten solche Daten bereits im Vorfeld von der Beschlagnahmung ausgeschlossen werden müssen. Damit bestätigte die Behörde, dass die bisherigen Maßnahmen in den Bereich einer rechtswidrigen „Fishing Expedition“ fallen. Die Ermittler hätten also nicht gezielt nach zuvor bestimmten Beweismitteln gesucht, sondern zunächst umfangreiche Datenmengen erfasst, um anschließend zu prüfen, ob sich darin belastendes Material finden lässt.

Für die Ermittlungen selbst bedeutet die Entscheidung allerdings keinen grundsätzlichen Stopp. Die Staatsanwaltschaft darf das Verfahren fortführen, muss die Art der Beweiserhebung jedoch an die Vorgaben der Generalstaatsanwaltschaft anpassen. Die Sicherung elektronischer Daten bleibt weiterhin zulässig. Eine Beschlagnahmung darf künftig jedoch nur anhand zuvor festgelegter Kriterien erfolgen, die sich konkret auf den Gegenstand des Strafverfahrens und den relevanten Zeitraum beziehen. Die Hauptstaatsanwaltschaft des Komitats Bács-Kiskun wurde deshalb angewiesen, die beanstandeten Verfahrenshandlungen zu wiederholen. Die vorläufige Sicherung der elektronischen Daten kann bis dahin bestehen bleiben und darf für maximal drei Monate angeordnet werden. Innerhalb dieses Zeitraums müssen die Ermittler unverzüglich mit der Prüfung der Daten anhand der festgelegten Kriterien beginnen. Beschlagnahmt werden dürfen anschließend ausschließlich Informationen, die einen konkreten Bezug zu dem im NKA-Verfahren untersuchten Sachverhalt und zum betreffenden Zeitraum aufweisen.

Gedenkjahr Mohács500

Die Schlacht von Mohács im Jahre 1526 gilt als einer der entscheidenden Wendepunkte der ungarischen Geschichte. Das ungarische Heer unter König Ludwig II. wurde 1526 von den zahlenmäßig überlegenen osmanischen Truppen unter Sultan Süleyman I. vernichtend geschlagen. Der Tod des Königs und großer Teile der politischen und militärischen Elite leitete eine tiefgreifende politische Krise ein und öffnete den Weg für die zunehmende osmanische Herrschaft in Ungarn. Anlässlich des 500. Jahrestages, wurde mit Mohács500 ein offizielles Gedenkjahr beziehungsweise eine Veranstaltungsreihe anlässlich des 500. Jahrestags der Schlacht von Mohács ins Leben gerufen, die versucht, dieses Ereignis aus verschiedenen Perspektiven neu zu betrachten. Die zentrale Botschaft der diesjährigen Erinnerung soll dabei über die klassische Erzählung einer nationalen Katastrophe hinausgehen und Mohács soll zugleich als Beispiel für Überleben, Beharrungsvermögen und Neuanfang verstanden werden.

Den Höhepunkt bildete der 29. August 2026, genau 500 Jahre nach der Schlacht. In Mohács und am nahe gelegenen Schlachtfeld bei Sátorhely fanden staatliche und kirchliche Gedenkveranstaltungen statt. Dazu gehörten unter anderem eine Ansprache des Ministerpräsidenten, ein Gottesdienst, Kranzniederlegungen und eine Gedenkzeremonie für die Gefallenen. Am Nachmittag wurden zudem menschliche Überreste, die bei der Erforschung der Massengräber gefunden worden waren, im Rahmen einer Gedenkveranstaltung neu bestattet. Auch Ministerpräsident Magyar stellte in seiner Rede nicht die Niederlage, sondern vielmehr die Kraft des Fortbestehens und des Neuanfangs in den Mittelpunkt. Er betonte, dass die wahren Helden der Geschichte jene ganz normalen Menschen seien, die trotz aller Schwierigkeiten ihre Heimat, ihre Sprache und ihre Gemeinschaft bewahrten. Mohács sei zudem ein Zeugnis dafür, dass die Nation nicht von Königen und Politikern, sondern von den Bürgern des Landes erhalten werde.

Korruptionsbekämpfung: Wahl der NVVH-Präsidentin

Der Ausschuss für Justiz und Verfassungsfragen des Parlaments hörte am Dienstag, den 25. August, die drei Präsidentschaftskandidaten für das neue „Nationale Amt für Vermögensrückgewinnung und -schutz“ (NVVH) an. Die drei Kandidaten waren Miklós Ligeti, juristischer Direktor von Transparency International Ungarn, Nicholas Sárvári, kanadisch-ungarischer Doppelstaatsbürger und geschäftsführender Gesellschafter der auf Krisenmanagement spezialisierten CNS Risk UK Ltd. sowie seit 2009 Präsident der Ungarisch-Kanadischen Handelskammer, und die Politologin und ELTE-Dozentin Anna Róza Unger.

Am Donnerstag, den 27. August, stimmte der zwölfköpfige Ausschuss über die Kandidaten ab und wählte die Politologin Anna Róza Unger zur Präsidentin des „Nationalen Amtes für Vermögensrückgewinnung und -schutz“. Die drei Delegierten der Fidesz nahmen nicht an der Ausschusssitzung teil (ebenso wenig wie am gesamten bisherigen Verfahrensablauf), da sie die Regelungen für die Behörde in zahlreichen Punkten für verfassungswidrig halten. Auch der Abgeordnete von Mi Hazánk Mozgalom, István Apáti, erschien nicht zur Abstimmung, sodass ausschließlich die acht Mitglieder der Tisza an der Sitzung teilnahmen.

Dennoch war das Ergebnis alles andere als eindeutig. Anna Róza Unger konnte sich mit sechs Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung durchsetzen. Doch auch Miklós Ligeti erhielt vier Ja-Stimmen bei vier Enthaltungen, während auf Nicholas Sárvári drei Ja-Stimmen und fünf Enthaltungen entfielen. Die Wahl Ungers wurde am Freitag durch das Parlament in

einer geheimen Abstimmung mit 137 Ja-Stimmen, sieben Nein-Stimmen und einer Enthaltung bestätigt. Die Fraktionen von Fidesz und KDNP blieben, nachdem sie zuvor bereits weder am Verfahrensverlauf noch an den Ausschusssitzungen teilgenommen hatten, auch der Abstimmung im Parlament aus Protest fern.

Die frisch gewählte NVVH-Präsidentin Anna Unger schloss 2003 ihr Studium der Politikwissenschaft an der ELTE mit einem Diplom ab und promovierte 2018 in Politikwissenschaft. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Theorie und Praxis der Demokratie, insbesondere der Vergleich zwischen demokratischen und nichtdemokratischen Systemen, die direkte Demokratie, Wahlen, Wahlkampf und Wahlintegrität sowie amerikanische Politik. In den vergangenen Jahren war sie als Professorin an der Fakultät für Sozialwissenschaften der ELTE tätig und trat regelmäßig in politischen Analysesendungen auf.

Unger war im Anschluss an ihre Wahl bemüht, die Erwartungen an schnelle Ergebnisse zu dämpfen. Es sei nicht davon auszugehen, dass in den ersten sechs Jahren rechtskräftige Urteile ergehen würden. Diese Zeit reiche jedoch aus, um aufzudecken, was in diesem Land geschehen sei, Verfahren einzuleiten und die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen.

Atomkraftwerk Paks wieder vollständig in Betrieb

Neben dem Stromengpass drohte Ungarn Anfang August auch ein erheblicher Wassermangel. Die ungarischen Wasserbehörden wurden daher aufgefordert, dort, wo die Trinkwasserversorgung gefährdet ist, unverzüglich die dritte Stufe der Wassereinschränkungen anzuordnen. Die Hauptursache für die extrem niedrigen Wasserstände an der Donau war der anhaltende Niederschlagsmangel im gesamten Einzugsgebiet. Um dem niedrigen Wasserstand der Donau entgegenzuwirken und somit das Wasser am Kühlwasserkanal des Kernkraftwerks Paks wieder anzuheben, wurde mit dem Bau einer Donau-Sohlschwelle bei Paks begonnen. Damit kann der Wasserstand des Flusses um bis zu einem Meter angehoben werden. Dies gab Wirtschafts- und Energieminister István Kapitány nach der in Paks abgehaltenen Regierungssitzung bekannt. Für die nun errichtete Sohlschwelle, die quer zur Strömung liegt, waren rund 150.000 Kubikmeter Gesteinsmaterial vorgesehen. Die ungarische Regierung setzt auf das Bauwerk als dauerhafte Maßnahme, um die Kühlwasserversorgung des Kraftwerks in Paks auch bei niedrigen Wasserständen abzusichern. Kapitány zufolge handelt es sich um ein Bauprojekt in einer Größenordnung, wie es in Ungarn seit über dreißig Jahren nicht mehr umgesetzt worden sei. Parallel dazu wird an einer kurzfristig verfügbaren Notfalllösung gearbeitet. Dafür sollen bei Paks zwei 80 Meter lange Lastkähne bereitgehalten werden. Sollten die Pegelstände kritisch werden, könnten die Schiffe gezielt versenkt werden. Nach Angaben von Kapitány ließe sich der Wasserstand der Donau auf diese Weise vorübergehend um bis zu 20 Zentimeter erhöhen. In der Zwischenzeit gab es jedoch auch einen eigenständigen Anstieg des Wasserpegels der Donau. Der moderate Anstieg des Wasserstands hat die Möglichkeit geschaffen, die Leistung des Kernkraftwerks schrittweise zu erhöhen. Mittlerweile ist das Kraftwerk wieder vollständig in Betrieb.

Nationalfeiertag: Opposition wittert Vergabekorruption

Die Tisza-Regierung, die unter anderem mit dem Versprechen angetreten ist, Korruption konsequent zu bekämpfen, sieht sich nun selbst mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert. Im Mittelpunkt steht die Vergabe der Organisation der Feierlichkeiten zum 20. August in Budapest. Die Oppositionsparteien Fidesz und Mi Hazánk werfen der Regierung ein gelenktes Vergabeverfahren vor. Mi Hazánk hat zudem Strafanzeige erstattet.

Eine Neuausschreibung war notwendig geworden, nachdem die Nationale Veranstaltungsagentur (NRÜ) am 23. Juni sämtliche Verträge mit der Lounge-Gruppe mit sofortiger Wirkung gekündigt hatte. Gegen die Unternehmensgruppe wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, ihre Konten wurden gesperrt, wodurch sie zahlungsunfähig wurde. Nach Angaben der NRÜ soll es zudem Unregelmäßigkeiten bei der Bezahlung von Subunternehmern gegeben haben. Die Lounge-Gruppe war ursprünglich mit der Organisation der diesjährigen Feierlichkeiten für 17,5 Milliarden Forint beauftragt worden; 8,7 Milliarden Forint waren davon bereits als Anzahlung ausgezahlt worden. Da für ein reguläres Vergabeverfahren nach der kurzfristigen Vertragskündigung nicht mehr genügend Zeit blieb, wurde ein Verhandlungsverfahren ohne vorherige Ausschreibung durchgeführt. Dabei wurden lediglich drei Unternehmen zur Angebotsabgabe eingeladen. Den Zuschlag erhielt schließlich die Hardrock Kft. mit einem Nettoangebot von 3,1 Milliarden Forint. Sie war das einzige der drei eingeladenen Unternehmen, das tatsächlich ein Angebot einreichte.

Für Kritik sorgt insbesondere, dass der Geschäftsführer der Hardrock Kft., Dániel Besnyő, bereits am 7. Juli – und damit Wochen vor der späteren Ausschreibung – bei der Lounge-Gruppe Informationen über das für die Veranstaltung vorgesehene Budget, die beteiligten Subunternehmer und wesentliche Elemente der Durchführung angefordert haben soll. Zu diesem Zeitpunkt hatte die NRÜ den Vertrag mit der Lounge-Gruppe allerdings noch nicht gekündigt. Eine offizielle Grundlage für ein neues Vergabeverfahren habe es demnach noch nicht gegeben. Die Fidesz-Fraktion wertet den Vorgang als inszeniertes Vergabeverfahren mit einem von vornherein feststehenden Gewinner. Zudem habe man sich einfach der Fachleute der gefeuerten Firma bedient, um im Nachhinein lediglich das Geld aufnehmen zu müssen. Der Fidesz wandte sich wegen der Angelegenheit an die Behörde für öffentliches Auftragswesen. Auch die rechtsgerichtete Partei Mi Hazánk spricht von einer „gelenkten Auftragsvergabe“. Es sei demnach keine Überraschung, dass letztlich der bisherige Standardveranstalter der Tisza-Partei den Zuschlag erhalten habe. Die Partei erstattete im Zusammenhang mit der Vergabe Strafanzeige.

Neues aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Personalentscheidungen überschatten Neustart des Rundfunks

Unmittelbar nach ihrem Amtsantritt tauschte die Tisza-Regierung die Führung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus und versprach den Aufbau einer neutralen, objektiven und von der Regierung unabhängigen Medienanstalt. Im Zuge der Regierungsübernahme musste der Sender zunächst sein Programm einstellen und eine öffentliche Entschuldigung ausstrahlen. Gleichwohl der Betrieb recht schnell wieder aufgenommen wurde, blieb das Nachrichtenprogramm eingestellt. Die von der Tisza-Regierung eingesetzte neue Führung bemühte sich um dessen Wiederaufnahme und warb hierfür neue Chefredakteure und Moderatoren an. Die Duna Médiaszolgálató Zrt. hatte bekannt gegeben, dass die Positionen der Moderatoren und des Chefredakteurs der M1-Nachrichten in der zweiten Augushälfte neu zu besetzen seien. Chefredakteur sollte Gábor Hajdú sein, während einer der Moderatoren Miklós Borsa sein sollte. Die MTVA begründete ihre Entscheidung wie folgt: „Die Nachrichtenberichterstattung der neu ausgerichteten öffentlich-rechtlichen Medien muss das Vertrauen der Gesellschaft wiederherstellen. Die öffentlich-rechtlichen Medien sind bestrebt, auch während der Übergangsphase Medien zu schaffen, die den gesellschaftlichen Anforderungen gerecht werden.“ Nach Angaben der Website 24.hu verfügt Gábor Hajdú über eine berufliche Vergangenheit bei der FIDESZ-nahen Mészáros-Gruppe, wo er im Bereich Kommunikation tätig war. Miklós Borsa wiederum gehörte bereits 2014 zum journalistischen Team der Nachrichtensendung, bevor er sich später aus diesem Tätigkeitsfeld zurückzog. Nachdem das ungarische Nachrichtenportal Telex über die Personalentscheidungen berichtet hatte, kommentierte Ministerpräsident Magyar auf Facebook: „Ich denke nicht.“ Kurze Zeit später zog die Leitung der öffentlich-rechtlichen Medien die entsprechenden Beauftragungen zurück. Der Vorgang dürfte dem Vertrauen in die politische Unabhängigkeit des neuen öffentlichen Rundfunks nicht zuträglich sein.

Beschaffungen in der Coronapandemie: Außenministerium erstattet Anzeige

Am Dienstag, den 25. August, verkündete Außenministerin Anita Orbán, dass Anzeige bei der Generalstaatsanwaltschaft erstattet worden sei, da im Zusammenhang mit den unter der Leitung ihres Amtsvorgängers, Péter Szijjártó, durchgeführten Beschaffungen der Verdacht auf betrügerische Misswirtschaft und andere Straftaten entstanden sei. Im Detail bezieht sich Orbán auf die Beschaffungen im Frühjahr 2020 im Rahmen der Pandemiebekämpfung in Höhe von 300 Mrd. Forint (circa 820 Mio. Euro) – insbesondere Beatmungsmaschinen. Der Großteil der rund 17.000 Beatmungsgeräte wurde über Zwischenhändler erworben, von denen viele dank dieses Geschäfts ihren Umsatz im Vergleich zur Zeit vor den Anschaffungen vervielfachen konnten. Nach dem Eintreffen der Lieferungen soll sich laut Anklage zudem herausgestellt haben, dass mehrere Geräte unbrauchbar oder defekt seien. Ein erheblicher Teil der Geräte wurde letztendlich nie in Krankenhäusern eingesetzt und die Kosten für ihre Lagerung belaufen sich mittlerweile ebenfalls auf mehrere Milliarden Forint.

Die Fidesz-Fraktion hält in einer Stellungnahme dagegen, dass die Fidesz-KDNP-Regierung während der Pandemie stets das Wohl der Menschen vor Augen gehalten habe und auch diese Beschaffungen diesen Zweck erfüllt hätten. Die Regierung habe bei ihren Beschaffungen und Maßnahmen stets Wissenschaftler und Experten konsultiert. Zu Beginn der Pandemie sei es zudem unmöglich gewesen den genauen langfristigen Bedarf an medizinischer Ausrüstung

vorherzusagen und aufgrund der hohen Nachfrage auf dem Weltmarkt seien traditionelle und langwierige Vergabeverfahren schlichtweg nicht praktikabel gewesen.

Gripen-Kampfflugzeug abgestürzt

Ein Gripen-Kampfjet der ungarischen Luftstreitkräfte ist in der Nähe von Szolnok abgestürzt. Der Pilot habe bis zuletzt versucht, die Kontrolle über die beschädigte Maschine zu behalten und gezielt auf einem militärisch genutzten Areal zu landen. Erst als eine weitere Steuerung der Maschine nicht mehr möglich gewesen sei, habe er sich per Schleudersitz gerettet. Das Flugzeug fing nach der Landung Feuer. Die Feuerwehr kühlte das Wrack nach dem Absturz ab und verhinderte dadurch, dass sich die Situation weiter verschärfte. Die besondere Vorsicht war auch deshalb notwendig, weil die Maschine während des Fluges Raketen an Bord hatte. Der Rettungsdienst OMSZ teilte mit, dass der Pilot zunächst medizinisch versorgt und anschließend mit einem Rettungshubschrauber zur weiteren Behandlung und Beobachtung nach Budapest gebracht wurde. Trotz seiner schweren Verletzungen bestand nach Angaben der Rettungskräfte keine unmittelbare Lebensgefahr. Der Vorfall ereignete sich während eines simulierten Luftkampfes mit einem zweiten Gripen. Derartige Trainingsflüge gehören nach Angaben der ungarischen Streitkräfte zum regulären NATO-Ausbildungsbetrieb. Als Konsequenz aus dem Absturz wurden sämtliche Übungsflüge der ungarischen Gripen-Flotte vorerst ausgesetzt. Der Minister unmittelbar nach dem Unfall auf den Weg zum Unglücksort. Dort erklärte Ruszin-Szendi, die Aufarbeitung des Absturzes solle gemeinsam mit schwedischen Fachleuten erfolgen. Die genaue Ursache des Absturzes ist bislang nicht bekannt. Nach Einschätzung des Ministers trug die Professionalität des Piloten entscheidend dazu bei, eine noch schwerwiegendere Katastrophe zu verhindern.

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

Praktikumsausschreibung

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Bevorstehende Veranstaltung

Am **6. September** organisiert das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit einen **Wahlabend** anlässlich der **Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt**. Beim Wahlabend verfolgen wir die Hochrechnungen, Exit-Polls, das Ergebnis-Warten in Magdeburg. Weitere Informationen zum Wahlabend finden Sie [hier](#).

Am **9. September** organisiert das Deutsch-Ungarische Institut und die Deutsch-Ungarische Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland e.V. im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Deutschland und Ungarn im Gespräch“ einen **Online-Vortrag** mit dem Titel: **„Ein neues Kapitel für Ungarn? Die außenpolitische Strategie der neuen Regierung“**. Referent ist **Zsolt BÓTA**, langjähriger ungarischer Berufsdiplomat und Berater für auswärtige Angelegenheiten der Tisza-Regierung. Die Sprache der Veranstaltung ist Deutsch. Die Registrierung ist bis zum 8. September 2026 unter folgendem [Link](#) möglich.

Am **10. September** veranstaltet das Deutsch-Ungarische Institut eine **Studienfahrt für Studenten nach Sopronpuszta**, um dem „Paneuropäischen Picknick“ und der Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze vor 37 Jahren zu gedenken. Das Programm wird von Institutsdirektor **Dr. Bence BAUER** und **László NAGY**, einem der Organisatoren und Zeitzeugen dieses historischen Ereignisses, geleitet und begleitet.

Im September, mit dem Ende der langen Sommerpause, nimmt das Institut auch wieder verstärkt seine Begabtenförderungsaktivitäten auf. Institutsdirektor Bence Bauer wird eine Vortragsreihe an MCC-Bildungszentren im ganzen Land halten und sich dabei zusammen mit den Schülern und Studenten den aktuellen Fragen und Herausforderungen der deutsch-ungarischen Beziehungen widmen.

Veröffentlichungen

Bence BAUER, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, veröffentlichte auch im August Artikel in seiner wöchentlichen Kolumne bei Exxpress. Im Artikel mit dem Titel **„Hitzewelle in Ungarn“** vom **4. August** berichtet Bauer über die wirtschaftlichen und politischen Folgen der langanhaltenden Dürre. Den Artikel finden Sie [hier](#). In seinem Artikel **„Kanzler in der Krise“** vom **11. August** beleuchtet er, wie der Druck auf Bundeskanzler Merz und die CDU durch schlechte Umfragewerte und verschiedene Personalentscheidungen steigt. Den Artikel erreichen Sie [hier](#). Am **18. August** erschien der Beitrag **„Das Paneuropäische Picknick 1989“**, in dem an einen der Höhepunkte des Wendejahres 1989 erinnert wird. Den Artikel sehen Sie [hier](#). Am **25. August** erschien der Beitrag **„Das Gewitter“**, in dem Bauer die Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag am 20. August analysiert. Den Artikel können Sie [hier](#) lesen.

Am **1. August** erschien ein Artikel von **Bence BAUER** in der Preußischen Allgemeinen Zeitung mit dem Titel „**Ungarns Öffentlich-Rechtliche starten neu**“, in dem er das Versprechen Péter Magyars analysiert, ab sofort politisch ausgewogene statt einseitige News in den öffentlich-rechtlichen Medien ausstrahlen zu lassen. Den Artikel finden Sie [hier](#).

Am **4. August** erschien in der Ostdeutschen Allgemeinen Zeitung ein Artikel von **Bence BAUER** mit dem Titel „**Orbán-Nachfolger Péter Magyar: Einer, der in Brüssel die richtigen Knöpfe drückt**“, in dem er erklärt, wie der neue ungarische Ministerpräsident die Europapolitik seines Landes revidiert. Den Artikel erreichen Sie [hier](#).

Am **14. August** erschien im Libratus Magazin ein Artikel von **Tristan CSAPLÁR**, Forschungskordinator am Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit, mit dem Titel „**Warum musste der Staatspräsident gehen?**“. Darin betrachtet er die Umstände der Amtsenthebung von Staatspräsident Tamás Sulyok. Den Artikel finden Sie [hier](#).

Ein weiterer Artikel von **Tristan CSAPLÁR** erschien am **15. August** in der Budapester Zeitung mit dem Titel „**Kein Präsident der Einheit**“, in dem er die kontroverse Wahl des neuen Staatspräsidenten analysiert. Mehr dazu können Sie [hier](#) lesen.

Am **19. August** erschien ein Artikel von **Bence BAUER** mit dem Titel „**100 Tage Péter Magyar: Sanft in Brüssel, gnadenlos in Budapest**“ in der Berliner Zeitung in dem es um die ersten Monate der Amtszeit Péter Magyars geht. Lesen Sie den Artikel unter diesem [Link](#). Den Artikel finden Sie auch in der Ostdeutschen Allgemeinen [hier](#).

Am **29. August** erschien in der Preußischen Allgemeinen Zeitung der Artikel „**Die ersten 100 Tage von Ungarns neuer Tisza-Regierung**“ von **Tristan CSAPLÁR**. Den vollständigen Artikel erreichen Sie unter dem folgenden [Link](#).

<i>In eigener Sache</i>

Zum 31. August 2026 endet mit der Auflösung der KEKVA-Stiftung die institutionelle Eigenständigkeit des Mathias Corvinus Collegiums (MCC) und damit auch des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit. Balázs Tombor, Sohn des ursprünglichen MCC-Gründers András Tombor, durfte das Mathias Corvinus Collegium nicht als private Stiftung fortführen. Mit dem Ende der KEKVA-Stiftung fällt das Mathias Corvinus Collegium somit an den ungarischen Staat als Rechtsnachfolger. Das MCC wird ab dem 1. September 2026 verstaatlicht, dem Ministerium für Kinder und Bildung unterstehen und einer bereits bestehenden staatlichen Nonprofit-Organisation, dem Nationalen Talentzentrum (Nemzeti Tehetség Központ Közhasznú Nonprofit Kft.), zugeschlagen. Alle Verträge und Verpflichtungen werden vom Rechtsnachfolger übernommen. Die Ausbildung und Förderung von begabten Schülern und Studenten wird auch zukünftig die Arbeit des Mathias Corvinus Collegiums bestimmen. Etwaige Auswirkungen auf das Profil des Deutsch-Ungarischen Instituts sind derzeit noch nicht absehbar. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen bitten wir um Ihr Verständnis, dass wir auch weiterhin nur hauseigene Veranstaltungen ausrichten können.

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Tristan Csaplár, Eszter Grifátong

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu